


heute verfügbare Wissen aktiv zu bewahren und verantwortlich mit ihm umzugehen. Das können die Älteren sich wünschen, ohne den Jüngeren vorschreiben zu wollen, mit welcher Intensität und in welchen Formen sie die künftige deutsche Erinnerungskultur im Einzelnen gestalten wollen.

Die Herausforderung bleibt.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Historiker und Mitglied der DFG-VK. Dieser Text wurde von ihm als Vortrag zum Abschluss der Ausstellung »Die Deportation nach Gurs 1940. Das Schicksal der Badener jüdischer Herkunft und jüdischen Glaubens in der Nazi-Zeit« am 8. Dezember 2010 in der Katholischen Akademie Freiburg im Breisgau gehalten. 

Bernhard Nolz

Über konstruktive Konflikttransformation reden!

Zur Strategie der Kooperation für den Frieden im Israel-Palästina-Konflikt

Vie viele andere Begriffe auch stammt »Strategie« aus dem militärischen Gebrauch. Dessen ungeachtet ist es gut zu heißen, dass sich die 8. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden mit »Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten – unsere Handlungsmöglichkeiten für Frieden« beschäftigen wird (21./22.01.2011 in Hannover). »Ein Konfliktherd, der bisher nicht im Mittelpunkt der Friedensbewegung stand, ist der Israel/Palästina Konflikt.«

Dieser Wahrnehmung stimmen der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) nicht zu.

Mit der Entsendung einer Friedensfachkraft zu den Jahalin-Beduinern in Palästina hat der BSV einen aktiven Beitrag zur Friedensarbeit in der Region geleistet. Im BSV besteht seit vielen Jahren eine AG Israel-Palästina/Irak. Der BSV ist auch Mitglied des Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel (KOPI). Die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) haben in Zusammenarbeit mit dem Forschungs- und Lehrgebiet Friedenserziehung Universität Siegen und dem Zentrum für Friedenskultur Siegen (zfk) mehrere Publikationen zur Israel/Palästina-Problematik veröffentlicht, in denen vor allem die israelische Gewaltpolitik dargestellt und kritisiert wurde. Das hat PPF und zfk den Vorwurf des Antisemitismus eingebracht (vgl. Siegener Friedensbote 1/2011).

■ Konstruktive Konflikttransformation

Eine Friedenspolitik für den Nahen und Mittleren Osten erscheint nur möglich, wenn dem »Frieden mit friedlichen Mitteln« Raum gegeben wird und eine konstruktive Konflikttransformation zur Anwendung kommen kann. Der Friedensforscher Johan Galtung beschreibt die Grundsätze des »Friedens mit friedlichen Mitteln« folgendermaßen:

»Mit Frieden meinen wir die Fähigkeit zur konstruktiven Konflikttransformation ohne Anwendung von Gewalt. Das ist ein nie endender Prozess.

Mit Konflikttransformation meinen wir: Beim Hervorbringen einer Situation behilflich zu sein, in der die Parteien mitbestimmend, auf gegenseitig annehmbare Weise und nachhaltig vorgehen. Mit konstruktiv meinen wir, die Konflikte auf neue, innovative Weise so zu kanalisieren, dass die menschlichen Grundbedürfnisse aller befriedigt werden. Mit ohne Anwendung von Gewalt meinen wir, dass dieser Prozess Folgendes vermeiden soll: jede Androhung oder jeden Gebrauch direkter Gewalt, die verletzt und beschädigt, jeden Gebrauch struktureller Gewalt, der die Parteien lahm legt.«

Vor zehn Jahren hat Johan Galtung mit allen beteiligten Konfliktparteien ausführliche Dialoge geführt. Als Friedentherapie schlägt er vor: Der Ausgangspunkt für den Frieden ist die Resolution 242 des Sicherheitsrates und die Rückkehr zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit etwas Austausch von Land. Nach Galtungs Ansicht sind die wichtigsten Schlüssel zum Frieden gleiche Rechte und eine faire Kooperation von beiden, eine regionale kooperative Dachorganisation und eine Friedenssicherung durch Inspektoren. Früher oder später wird ein Wahrheits- und Versöhnungsprozess von Nöten sein.

Wenn die Kooperation für den Frieden »das Völkerrecht als einzig legitimes Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte gestärkt und weiterentwickelt« wissen will, wird es darauf ankommen, die Konstruktive Konflikttransformation sowie den Zivilen Friedensdienst als unterstützende Instrumente zur Schaffung und Sicherung von Frieden fest zu etablieren. Dann transzendiert die konstruktive Konflikttransformation sozusagen das Völkerrecht in eine Welt des Friedens, indem der Einsatz kriegerischer Mittel unnötig wird.

■ Friedenskultur

Die UN-Dekade für eine »Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zugunsten der Kinder der Welt« (2001-2010) hat die Arbeit vieler Mitgliedsorganisa-

tionen der Kooperation für den Frieden geprägt. Die Friedensbewegungen in aller Welt – auch in Israel und Palästina – haben der Kultur des Friedens überall ein Gesicht gegeben.

»Unter einer Kultur des Friedens ist die Gesamtheit der Wertvorstellungen, Einstellungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen zu verstehen, die auf

a. der Achtung des Lebens, der Beendigung der Gewalt sowie der Förderung und Übung von Gewaltlosigkeit durch Erziehung, Dialog und Zusammenarbeit;

b. der uneingeschränkten Achtung der Grundsätze der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Staaten und der Nichteinmischung in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht;

c. der uneingeschränkten Achtung und Förderung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten;

d. der Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten [...]

beruhen und durch ein dem Frieden dienliches nationales und internationales Umfeld gefördert werden«.

Von der Strategiekonferenz sollte eine Resolution zugunsten der Kinder in Israel und Palästina, die in Frieden leben wollen, ausgehen.

Der Stumpfsinn der Kriegsgesellschaften raubt einem den Verstand oder soll uns zu Kaspem der Medien machen. Friedenskultur befreit und bedeutet Zukunft!

■ »Deutsche Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit«

Die Erfindung einer besonderen deutschen Verantwortung als politische Handlungsmaxime gegenüber Israel, die zur Staatsräson verklärt wird, diese »Verantwortungs-Beschwörung« der herrschenden deutschen Politik behindert die Auseinandersetzung mit einer konstruktiven Konflikttransformation für den Nahen Osten. Die Kooperation für den Frieden hat es nicht nötig, die »Anerkennung der historischen Verantwortung aus der Shoah« beschwören zu müssen. Deshalb sollten folgende Fragestellungen Eingang in die Diskussion der Strategiekonferenz finden: Welchen Beitrag für einen Friedensprozess im Nahen Osten kann Deutschland leisten? Welche Aufgaben für einen Friedensprozess im Nahen Osten kann die deutsche Friedensbewegung übernehmen?

Der Zentralrat der Juden und die deutsche Bundesregierung haben sich gemeinsam auf eine besonderen politischen Verantwortung mit zweierlei Maß geeinigt: Auf der einen Seite befinden sich Deutschland und Israel, die aus einer besonderen Verantwortung heraus töten und zerstören dürfen, z.B. in Palästina oder in Afghanistan. Auf der anderen Seite

sind die Anderen, die diese besondere Verantwortung nicht tragen können und deshalb Terroristen sind.

In einem Vortrag vor Bundeswehrsoldaten betonte Charlotte Knobloch, »dass die Verbrechen des Holocaust als unausweichliche Mahnung dienen müssen, die demokratische Verantwortung aber bei einem Waffeneinsatz nicht aufhört.« Denn »notfalls müssen«, so Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrats »die demokratischen Werte und Normen auch mit der Waffe verteidigt werden.«

Die Bildzeitung veröffentlichte am 20.12.2010 (zitiert nach »junge Welt« vom 21.12.2010) ein Interview mit Syriens Präsidenten Baschar Al-Assad. Die Bildzeitung fragt: »Wie sollte sich Deutschland, mit seiner besonderen historischen Rolle und Verantwortung, Ihrer Meinung nach in den Friedensprozeß in dieser Region einbringen, besonders in die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern?« Syriens Präsident antwortet auf die Frage nach der Verantwortung: »Die Politik Ihres Landes gewinnt ihr Gewicht doch nicht durch Ihre mächtige Wirtschaft oder Ihr Militär, sondern zuallererst durch starken politischen Willen. Bisher aber können wir ein Interesse Deutschlands am Friedensprozeß nicht wirklich erkennen, besonders was Syrien angeht. [...] Es gibt keinen Dialog zwischen uns und Ihrer Regierung.«

Konflikttransformation beruht auf Dialog. Dialog ist der Kern aller Friedensprozesse. Bevor militärisch eingegriffen wird, müssen die Dialoge stattfinden. Wenn militärisch eingegriffen wird, müssen parallel dazu Dialoge versucht werden, um Friedensmöglichkeiten auszuloten. Da haben Merkel, Guttenberg und Westerwelle nichts vorzuweisen. Von Dialogen, die sie mit den Konfliktbeteiligten geführt hätten, haben wir nichts zu hören bekommen. Wenn der Krieg stattfindet, müssen Dialoge geführt werden, um den Krieg zu beenden. Wenn Waffenstillstand herrscht, können die Dialoge weiter geführt werden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Josef »Joschka« Fischer (Grüne) haben die friedenspolitischen Grundsätze »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!«, die sowohl in der BRD als auch in der DDR Geltung hatten, mit der Beteiligung am Jugoslawienkrieg der Nato zunichte gemacht. Fischer verstieg sich gar zu der Behauptung, dass er aus Auschwitz gelernt hätte, Menschen töten zu müssen, damit andere Menschen gerettet werden könnten. Fischers und Schröders »besondere Verantwortung« aus dem Zweiten Weltkrieg und der Vernichtung der Juden in der nationalsozialistischen Diktatur bestand darin, sich an einem neuen Völkermord zu beteiligen und ihn auch noch rechtfertigen zu wollen. Im Afghanistan-Krieg finden diese Verbrechen ihre Fortsetzung.

In dieser Situation ist es verantwortungslos, dass die SchulministerInnen der Bundesländer mit Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr die

Erziehung zum Krieg in den Schulen zur Regel machen wollen. Sie handeln so, als hätten sie nie etwas gehört von der staatlichen Verpflichtung zur Erziehung zum Frieden und zur Förderung der Friedenskultur, die in den Länderverfassungen verankert ist.

Die Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden in Hannover sollte zum Anlass genommen werden, an die vielen PazifistInnen zu erinnern, die zu Opfern der Nazi-Herrschaft geworden sind. Es erscheint unmöglich, das ehrende Gedenken an sie zu bewahren, wenn heutige PazifistInnen für ihren Tod Verantwortung zu tragen hätten.

■ Vom »Gerechten Frieden« zum nachhaltigen Friedensprozess

Der Begriff vom »gerechten Frieden« ist irreführend. Gemeint ist mit dem Begriff, dass Frieden und Gerechtigkeit in der Welt herrschen mögen. Ein Blick in die Entstehungsgeschichte des Begriffs vom gerechten Frieden erläutert seine Unzulänglichkeiten: »Das Leitbild vom gerechten Frieden ist als die Alternative zum Leitbild vom gerechten Krieg entstanden. Es konkretisiert den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Damit ist ein gemeinsamer Lernweg christlicher Kirchen beschrieben« (Ulrich Frey 2007).

Die Diskussion über den »gerechten Krieg«, damit ist ein ethisch gerechtfertigter Krieg gemeint, hat innerhalb und außerhalb kirchlicher Zusammenhänge allzulange von der Rezeption der konstruktiven Konflikttransformation abgelenkt. Vor allem die Massenmedien verstehen sich im Nahost-Konflikt als »Hofberichterstatter« und als Verkünder der Gewalteskalation und der Kriegskultur. Sie schüren die Feindbilder, mit denen Krieg und Gewalt hier wie dort gerechtfertigt werden, und produzieren am laufenden Band das Bild von skrupellosen Despoten in den Ländern des Nahen Osten, die sich angeblich in der Hitler-Nachfolge überträfen.

Inzwischen findet die Lehre vom »gerechten Krieg« kaum noch BefürworterInnen.

Die Arbeit am Frieden an sich bedarf keiner Rechtfertigung. Er ist der Frieden, er ist das, was am Ende des »Lernweges« stehen soll, der ewige Friede (Immanuel Kant), der aber immer wieder gelebt werden muss. Dass Frieden sei, ist nicht diskutierbar. Ein Frieden, der sich als »gerechter Frieden« zu rechtfertigen hätte, wäre gar keiner mehr, weil er sich zerreden lassen müsste im Streit um Gerechtigkeit. Der gerechte Frieden ist kein nachhaltiger Frieden, weil er nach einer übergeordneten Instanz zu rufen scheint, die entscheidet, was gerecht ist. Frieden soll nicht als Zustand, sondern als Prozess verstanden werden.

Vielleicht meinte die EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Margot Käßmann in ihrer Neujahrsansprache 2010 mit der Aussage »Nichts ist gut in Afghanistan« genau das. Käßmanns Friedensbotschaft

führte ebenso zu einem Amtrücktritt wie Köhlers Kriegsbotschaft. Bundespräsident Horst Köhler hatte die Bevölkerung auf einen langfristigen Krieg wegen wirtschaftlicher Interessen einstimmen wollen. Das durfte im Jahre 2010 (noch) nicht gesagt werden, weil damit der grundgesetzwidrige Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan amtlich bestätigt worden wäre, was eine Anklage wegen Kriegsverbrechen gegen die Bundesregierung nach sich hätte ziehen können. Im Sinne der deutschen Staatsräson (Wir handeln und sprechen nicht davon, dass das Grundgesetz und das Völkerrecht an ihre Grenzen stoßen können) hatte Bundespräsident Köhler versagt und musste gehen.

Das Establishment von Kirche, Wirtschaft und Staat hat es nicht gerne, wenn seine RepräsentantInnen am Kriegsziel zaudern wie Frau Käßmann oder über das Kriegsziel hinausschießen wie Herr Köhler. Wirtschaft, Kirche und Staat machen immer wieder ihren Frieden mit dem Krieg. Mit Gleichberechtigung und Kooperation in den Beziehungen der Völker und Staaten hat eine solche Politik nichts zu tun und sie ist Meilen weit davon entfernt, Friedenspolitik genannt werden zu können. Eine Politik, die einer rechtlosen Staatsräson geschuldet ist, führt zur Isolation Deutschlands in der Welt.

■ Neue Wege zu Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten

Die Kooperation für den Frieden hätte allen Grund, nach Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten zu fragen, verstellt sich aber mit der Frage nach dem »gerechten Frieden« selbst den Blick. Zudem baut sie mit der Frage »nach der historischen Verantwortung aus der Sho« eine Hürde auf bei der Suche nach Vorschlägen und Lösungen, wie die kriegerische Gewalt im Nahen Osten in Friedensprozesse transformiert werden kann und Frieden und Gerechtigkeit einkehren.

Die Elemente der konstruktiven Konflikttransformation und der Friedenskultur müssen in die Überlegungen eingebaut werden. Im transformativen Kontext würde auch die Frage nach der Verantwortung einen Sinn machen. Gleichberechtigte Konflikttransformation bestünde gerade darin, einseitige Schuldzuweisungen zu vermeiden und alle Verantwortungslogiken am Verhandlungstisch zu diskutieren. Dann wird klar, dass jede Konfliktpartei eine eigene Logik beizusteuern hat, die diskutiert werden muss. Spannend ist dann der Verantwortungs-Konsens, der zustande kommt. Die Erfahrungen von Friedensfachleuten stimmen optimistisch, dass es einen Konsens für Konflikttransformation in Israel-Palästina geben kann.

Bernhard Nolz ist Forum Pazifismus-Redakteur und war bis März Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung.